



Informationsdienst
des Bayerischen
Bauindustrieverbandes e.V.
Jan./Feb. 04 · 49. Jahrgang

i.d.
1/2

**Dokumentation
Sparen ist nicht gleich sparen**



**Bayerische
Bauindustrie**

Sparen ist nicht gleich sparen

Investitionskürzungen der öffentlichen Haushalte erhöhen Staatsverschuldung

- Kameralistik verschleiert Substanzverzehr des staatlichen Grundstockvermögens
- Investitionskürzungen erhöhen Schuldenstock

Pressekonferenz des Präsidenten
des Bayerischen Bauindustrieverbandes
Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer
am 12. Februar 2004
im Haus der Bayerischen Bauindustrie
am Oberanger in München



Impressum

Herausgeber:
Bayerischer
Bauindustrieverband e.V.
München

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Gerhard Hess

Redaktion:
Dr. Benedikt Rüchardt

Titelfoto: Helmut Bergtold

2003 neuntes Rezessionsjahr in Folge Sparkurs bringt wieder 3 Prozent Einbruch

Zweistelliger Auftragsrückgang nimmt dem Baumarkt die Perspektive

	Absolute Werte 2002			Veränderungen in %					
				Bayern		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Bayern	West-Länder	Ost-Länder	2003/1994	2003/2002	2003/1994	2003/2002	2003/1994	2003/2002
Beschäftigte in 1000	141,5	605,1	209,0	-39,7	-6,6	-38,8	-7,2	-49,8	-8,2
Baugenehmigungen¹⁾ Mio.m ³ umb. Raum	81,4	268,5	47,8	-27,5	3,2	-23,3	-2,1	-22,2	18,9
Umsatz in Mrd. Euro	15,8	64,2	19,0	-20,3	-1,9	-24,9	-3,7	-38,9	-1,7
davon Hochbau	10,9	42,0	10,2	-22,1	-0,6	-27,6	-3,4	-48,1	-5,1
davon Tiefbau	5,0	22,2	8,8	-16,5	-4,5	-18,8	-4,2	-22,7	2,6
Auftragseingang²⁾ in Mrd. Euro	9,7	36,2	10,4	-32,5	-13,9	-38,3	-11,2	-53,6	-9,4
davon Wohnungsbau	2,5	7,6	1,5	-44,0	-7,3	-53,1	-6,5	-74,2	-11,3
davon Wirtschaftsbau	3,5	14,7	4,2	-27,0	-19,7	-35,4	-15,9	-56,9	-7,9
davon Öffentlicher Bau	3,7	14,0	4,7	-26,8	-12,3	-28,8	-8,2	-31,3	-10,0
darunter Öffentlicher Hochbau	0,9	2,7	0,8	-26,1	-21,0	-41,6	-10,9	-48,8	-14,3
darunter Straßenbau	1,4	5,9	2,2	-1,8	-2,7	-8,9	-6,3	-9,4	-7,3
darunter Sonstiger Tiefbau	1,4	5,5	1,7	-42,3	-14,9	-36,9	-8,9	-40,0	-11,1
	Dezember 2003			Veränderung für den Stichtonat Dezember in %					
Arbeitslose Bauarbeiter im Dez. in 1000	25,0	132,0	148,3	39,0	3,3	46,9	-0,4	251,7	-3,3

1) Bei Baugenehmigungen liegen für West- und Ostdeutschland erst die Novemberwerte vor.

2) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

In Bayern setzt sich die Baurezession 2004 fort

- **Prognose Umsatz:**
minus 2 bis 3 Prozent
- **Prognose Beschäftigte:**
minus 5 Prozent (7.000)
- In Bayern drücken die so genannten „Einsparungen“.

In Zahlen: Von den für 2004 angestrebten Kürzungen der Zentralhaushalte im bayerischen Staatshaushalt in Höhe von knapp 1 Mrd. Euro (981,32 Mio. Euro) betreffen 320 Mio. Euro die Investitionen, das sind 32,6 Prozent. Das meiste davon sind Bauinvestitionen.

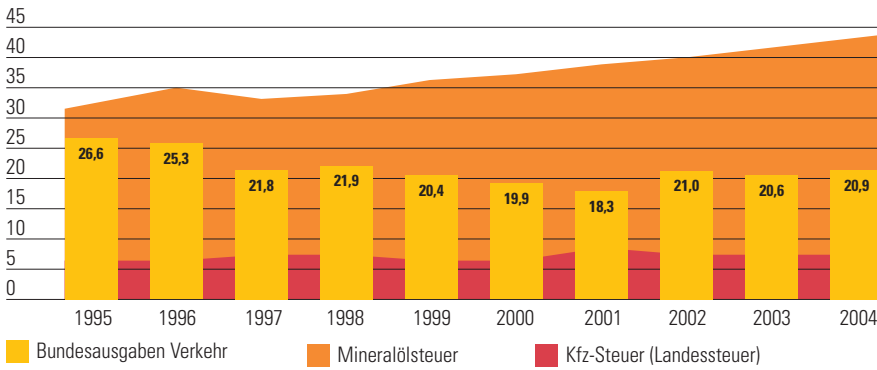
Bei einem Auftragsvolumen im Bau in Bayern in Höhe von rund 10 Mrd. € bedeutet dies für sich einen Rückgang der Neuaufträge um 3 Prozent.

Die Investitionskürzungen im Gesamthaushalt erreichen voraussichtlich wesentlich höhere Größenordnungen.

Trotz zunehmender Steuerbelastung sinken die Investitionen

Zunehmende Steuerbelastung – doch die Bundesaussgaben für Verkehr sind seit 1995 um 21,5% gesunken

1995 Mineralöl- und Kfz-Steuer: 40,2 Mrd. € 2004 Mineralöl- und Kfz-Steuer: 52,2 Mrd. €, +30%

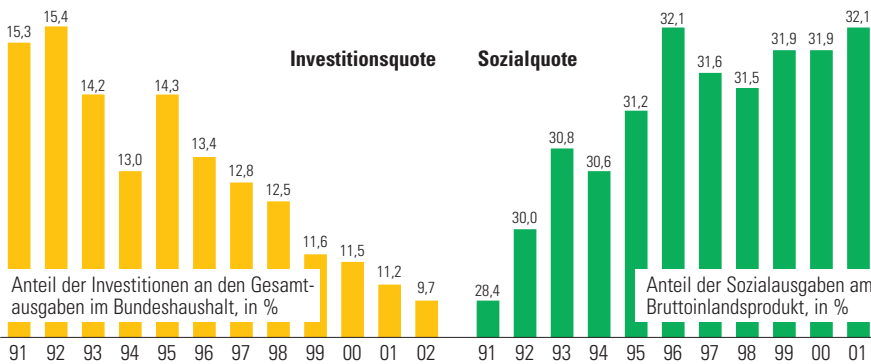


Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt; bis 2002: Ist-Zahlen, 2003 und 2004 Bundeshaushalt und Steuerschätzung

Seit Jahrzehnten steigen die Steuereinnahmen, mehr noch als andere die Einnahmen aus dem Verkehr.

Dennoch fallen die Investitionen speziell in die Verkehrsinfrastruktur immer weiter ab – sowohl absolut als auch relativ zu den Gesamtausgaben.

Investitionsquote des Bundes fällt 2002 auf neues Tief, gesamtwirtschaftliche Sozialquote erreicht neues Hoch

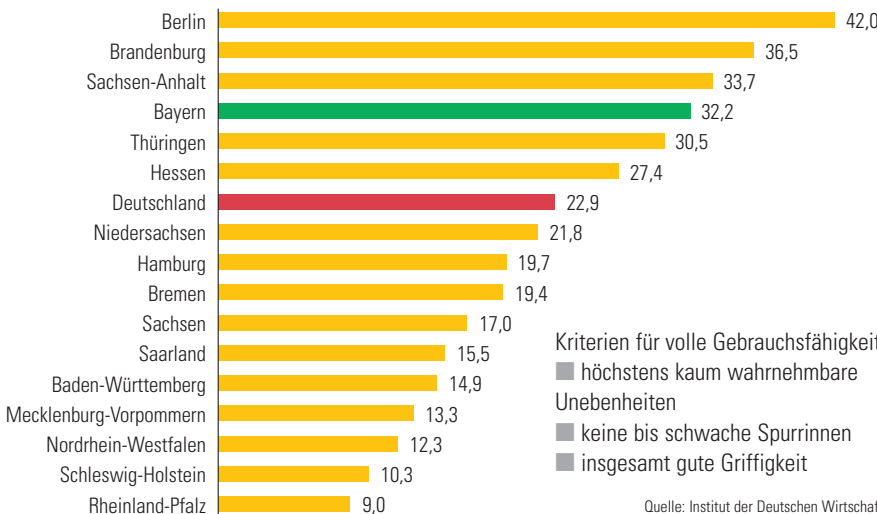


Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Soziales.

Gleichzeitig klettern die Sozialausgaben – reine Konsumausgaben – in immer neue Höhen.

Deutsches Autobahnnetz: Alarmstufe Rot

So viel Prozent der Fahrspuren sind nicht voll gebrauchsfähig



Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft

Die Konsequenz: Der Zustand der öffentlichen Infrastruktur, hier sichtbar an den Autobahnen, ist immer bedenklicher.

Leben auf Kosten der Substanz

Auf 303 Mrd. Euro ist das Investitionsdefizit des Bundes im Substanzerhalt von Bundesfernstraßen, Schienenwegen, Wasserstraßen und Flughäfen aufgelaufen. Dazu kommt eine massive Unterdeckung im Neubau.

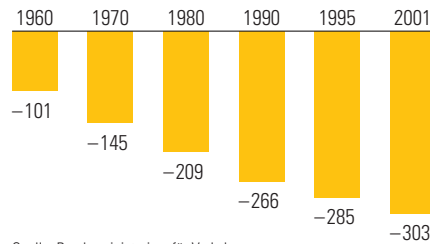
Der Staat langt zu

Der Bundesfinanzminister hat dem Verkehrshaushalt Mittel in Höhe der für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen verbleibenden Mauteinnahmen entzogen. Und das zu einem Zeitpunkt, als der Betrieb des Mauterfassungssystems keineswegs als gesichert angenommen werden konnte.

Dieser Umgang mit der Maut ist ein finanzpolitisches Hazardspiel, mit dem öffentliches Vermögen verschleudert wird.

Fast 1/3 Billion Euro Erhaltungsdefizit bei Bundesverkehrswegen

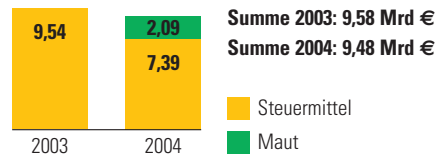
Kumuliertes Erhaltungsdefizit in Milliarden Euro
Zahlen berechnet aus der Differenz zwischen Brutto- und Netto-Anlagevermögen, Mrd. €, Preise von 1995



Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Trotz Maut sinken die Investitionen!

Investitionen des Bundes in Straße, Schiene und Wasserstraße (Milliarden Euro)



Quelle: Entwurf Bundeshaushalt 2004, Finanzplan Bund 03-07, BMVBW, FAZ 21.10.2003

Pällmann-Kommission:

■ Mit der bisherigen Steuerfinanzierung gelingt es der Politik nicht, den Wert der Verkehrswegeinfrastruktur zu sichern.

Das Investitionsniveau liegt jährlich ca. 4 Mrd. Euro unter dem Bedarf. 50 Prozent davon treffen die Straße.

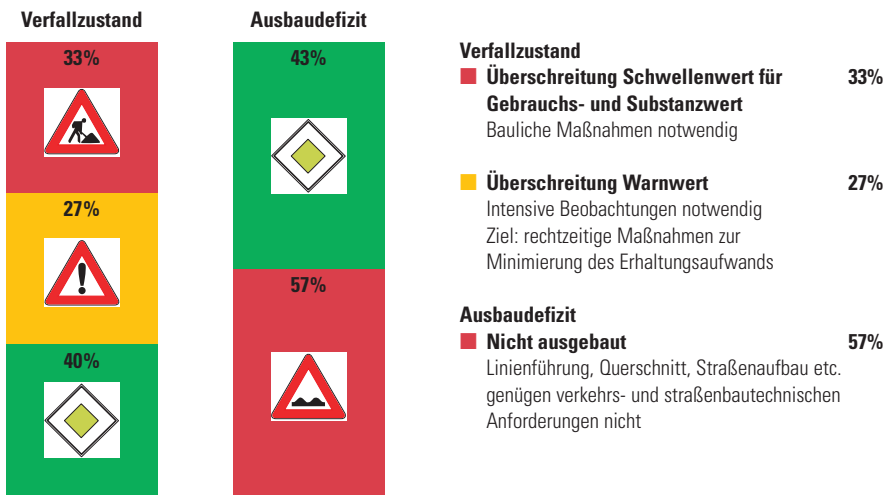
■ Wir müssen weg von der Steuer- hin zur Nutzerfinanzierung
Die Verkehrswege des Bundes müssen privat betrieben werden. Österreich macht dies erfolgreich vor. Die Lkw-Maut ist nichts anderes als ein notwendiger Schritt zur Vermögenspflege und zur Privatisierung der Verkehrswege des Bundes.

■ Wir müssen uns auf Autobahn-Aktiengesellschaften einstellen. Und wir alle werden davon profitieren.

Die allgemein nach ihrem Vorsitzenden, Dr.-Ing. E.h. Wilhelm Pällmann, benannte „Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ wurde von der Bundesregierung eingesetzt und erarbeitete die Basis für eine grundlegende Neuorientierung der Verkehrspolitik des Bundes von der Steuer- hin zur Nutzerfinanzierung. Der Abschlussbericht der hochrangigen Expertengruppe liegt seit September 2000 vor. Die Lkw-Maut ist ein erster Ausfluss der Empfehlungen dieses Berichtes.

Investitionspolitik in Bayern: Sparen ist nicht gleich sparen

Bayerns Staatsstraßen: Über 60 Prozent der Strecken sind nicht in Ordnung



Quelle: Gesamtverkehrsplan Bayern 2002

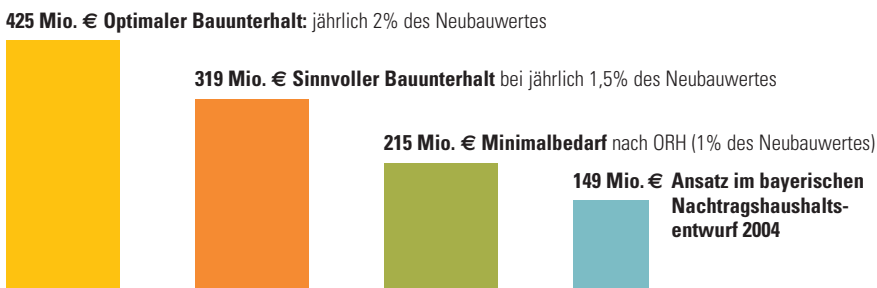
Auch in Bayern Alarmzustand

Eine negative Bilanz gibt es nicht nur beim Anlagevermögen des Bundes. In Bayern gibt es vergleichbare Defizite. Ein Beispiele ist der Zustand der Staatsstraßen: Über 60 Prozent der Strecken sind baulich nicht in Ordnung.

Im Hochbau gibt es die gleichen Defizite. In kurzen Zahlen:

Nach Berechnungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofes liegt das Defizit beim Bauunterhalt in Bayern im Jahr 2004 bei mindestens 170 Millionen Euro.

Oberster Rechnungshof 1998: Bayern gibt zu wenig für den Unterhalt seiner Bauten aus

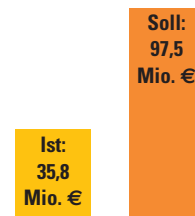


Quelle: Jahresbericht 1998 ORH Bayern; Entwurf Nachtragshaushalt Bayern 2004

Für den Bauunterhalt gibt Bayern 0,77 Prozent des Neubauwertes seiner Gebäude aus. Erforderlich wären laut ORH 1 bis 1,5 Prozent. Nach Erfahrungen aus der Wirtschaft (zunehmender Technikanteil in den Gebäuden) sind heute eher 2 Prozent geboten.

Bayerns Universitäten im Sanierungsstau

Jährliches Defizit: 61,7 Mio. Euro



Quelle: Hochschulrektorenkonferenz Bayern

Für die bayerischen Universitäten liegen konkrete Zahlen vor: Das jährliche Defizit im Bauunterhalt beträgt ca. 60 Millionen Euro. Der Vermögensverfall bei den Hochschulbauten wird zum Schuldenberg und beeinträchtigt die Bildungschancen in Bayern.

II. Investitionsdefizit und der Verfall des öffentlichen Vermögens

Insgesamt spiegelt sich der Sanierungsstau bei Bayerns Infrastruktur im Verfall der bayerischen Investitionsquote wieder.

Dahinter steckt ein gewaltiger Verfall des staatlichen Vermögens.

Das Wort ist treffender als man auf den ersten Blick meinen mag: Der Verfall betrifft nicht nur das Anlagevermögen.

Genauso massiv wird das Vermögen des Staates eingeschränkt, seine Zukunft überhaupt noch aktiv zu gestalten.

Die Bayerische Staatsregierung hat angekündigt, diesem Verfall staatlichen Handlungs- und Anlagevermögens aktiv zu begegnen.

Ihr Konzept hat sie unter das Motto „Sparen – reformieren – investieren“ gestellt.

Wie schaut die Praxis aus?

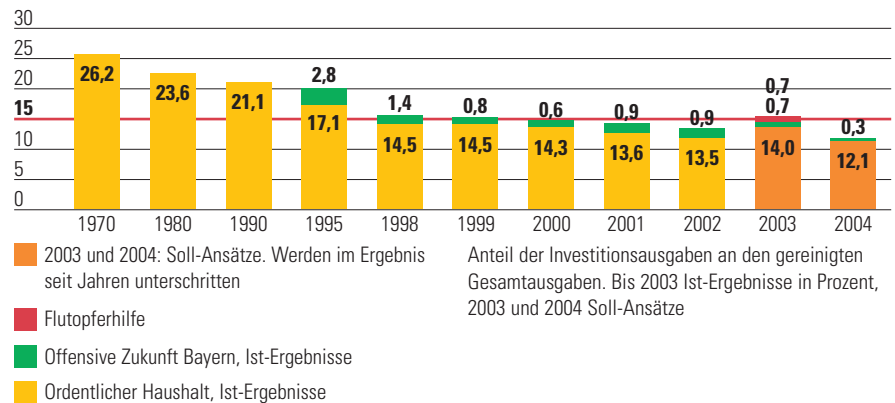
Die Zahlen zum Nachtragshaushaltsentwurf für 2004 zeigen:

Zu allererst fährt die Staatsregierung die Investitionen nach unten.

Von den derzeit beabsichtigten Kürzungen der Zentralhaushalte im bayerischen Staatshaushalt von 981,32 Mio. Euro fällt etwa ein Drittel auf Investitionen. Anders dargestellt:

- Die konsumtiven Ausgaben im Staatshaushalt liegen bei ca. 30 Milliarden Euro. Das heißt: Die Kürzungen am Konsum machen nur gut 2 Prozent aus.
- Die Investitionsquote sinkt von 15,4 auf 12,4 Prozent. Das heißt: Die Investitionen werden um ca. 20 Prozent gekürzt.
- Die Sparpolitik kürzt die Investitionen zehnmal so stark wie den Konsum.

Ist-Ergebniss zu Bayerns Staatshaushalt: Investitionsquote seit 2000 unter 15 Prozent



Kürzungen 2004 in den Einzelplänen des bayerischen Staatshaushaltes

EP		Saldo aus Sparmaßnahmen und Mehrausgaben	%	„Sparmaßnahmen“	davon Investitionen
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	- 7,77	- 11,1	- 7,77	
03A	Innenministerium	- 3,3	- 0,1	- 69,47	- 6,3
03B	Oberste Baubehörde	- 49,9		- 172,65	- 125,83
04	Justiz	26	1,6	- 56,31	- 8,3
05	Kultus	148,9	1,87	125,8	- 30
06	Finanzen	- 13,5	- 0,8	- 37,62	- 25,25
07	Wirtschaft	- 75,06	- 4,6	- 80,53	
08	Landwirtschaft	- 98,62	- 12,9	- 98,62	
09	Forst	- 15,26	- 8,2	- 15,26	
10	Sozial	- 91		- 161,09	
12	Umwelt	- 114,41	- 14,1	- 114,41	- 47,55
13	Kommunaler Finanzausgleich	- 129,49	- 14,4	- 129,49	- 5,3
15	Wissenschaft	- 171,67	- 1,7	- 171,67	- 71,59
	Summe	- 587,31		- 981,32	- 320,12
	investiver Anteil	54,5%		32,6%	

Der Effekt der Sparpolitik

- Das staatliche Vermögen verfällt weiter – von Verwaltungsgebäuden über Hochschulen und Straßen bis hin zur gesamten kommunalen Infrastruktur.
- Der Finanzminister darf sich darauf einrichten, dafür in künftigen Jahren gewaltige Ausgaben einzustellen. Nachdem jeder nicht rechtzeitig behobene Schaden Folgeschäden nach sich zieht, kostet dieses Vorgehen weit mehr als rechtzeitiges Handeln.

- Das heißt: Wenn 2006 die „Null-Netto-Neuverschuldung“ ausgewiesen wird, geht das an der tatsächlichen Bilanz des Staates vorbei. Denn der nochmalige Substanzverfall der Anlagen wird dabei nicht gerechnet.

Sparen? Reformieren? Investieren?

Die im Bayerischen Bauindustrieverband organisierten Unternehmer haben die Entschlossenheit des Ministerpräsidenten, Bayern umzubauen, sehr positiv aufgenommen. Der Ansatz, Staatsaufgaben ganz grundlegend zu hinterfragen, wurde und wird breit begrüßt. Das gilt auch dort, wo eingefahrene Investitionsflüsse in Frage gestellt und neue Wege zur Investitionssicherung gesucht werden.

Aber im Moment scheinen die Prioritäten durcheinander zu kommen.

Das Motto „Sparen – reformieren – investieren“ kann nur erfolgreich werden, wenn alle drei Ziele gleichzeitig verfolgt werden.

Momentan passiert das noch nicht:

1. Sparen?

Die Einschnitte beim Konsum bleiben weit hinter der ehrgeizigen Zielvorgabe von 10 % zurück. Die Konsequenz:

Um die Sparziele der Staatsregierung zu erreichen, muss die Personalkostenquote im Bayerischen Staatshaushalt von 42,2 Prozent (2003) deutlich spürbar gesenkt werden. Momentan geschieht das Gegenteil.

2. Reformieren?

Ein echtes Infragestellen staatlicher Strukturen und Aufgaben findet noch nicht ausreichend statt. Aufgabe wäre es, den Bereich staatlichen Handelns grundsätzlich zu hinterfragen. Der Impuls „Sparen – reformieren – investieren“ muss in der Behandlung öffentlichen Vermögens einen echten ordnungspolitischen Kurswechsel bringen.

BBIV-Vorschläge

- Transparenz schaffen durch konsequenten Abschied von der Kameralistik;
- Verwaltungseffizienz erhöhen, zum Beispiel durch die radikale Zusammenlegung der ca. 70 staatlichen Bauämter;
- Wirtschaftlichkeit steigern, zum Beispiel durch die offensive Förderung von Public Private Partnership;
- Vermögen sichern und steigern durch Anhebung der Investitionsquote.

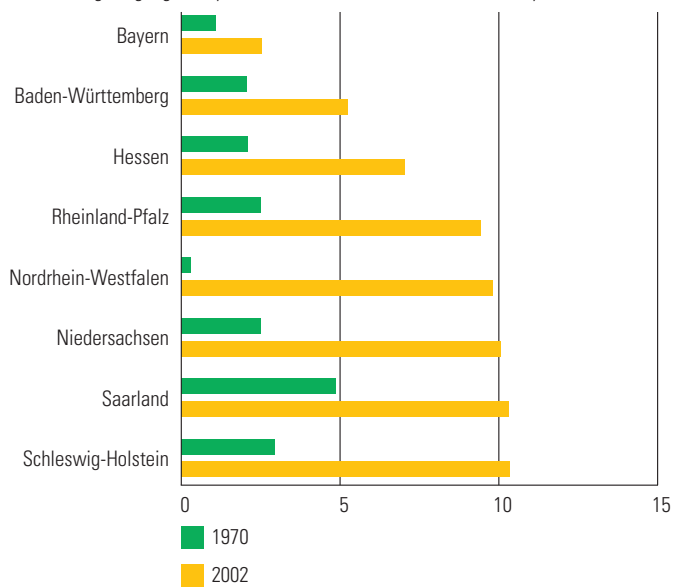
3. Investieren?

Was gegenwärtig mit den Investitionen geschieht, wurde schon gesagt. De facto ist das kein Beitrag zum Schuldenabbau, sondern zum Aufbau neuer Schulden.

Bayern hat – im Vergleich zu anderen Bundesländern – größere Spielräume, um effektives Umsteuern zu ermöglichen und den Mut zum Wandel offensiv zu gestalten

Zinsquoten der Flächenländer (West): Bayern mit Abstand am besten

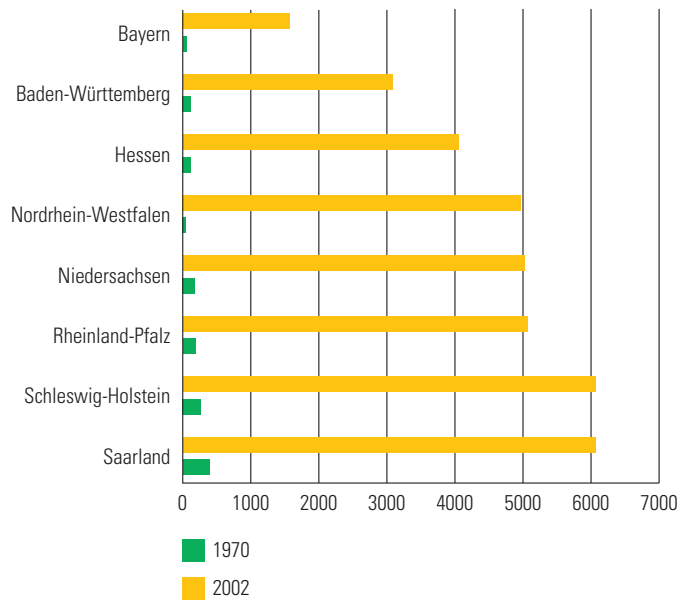
Anteile der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge), Bayern seit 1995 inkl. „Offensive Zukunft Bayern“



Ist-Ergebnisse in Prozent:
Bayern weist die geringste Zinsbelastung der Bundesländer auf, mit deutlichem Abstand zum Zweitbesten.

Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer (West): Bayern mit Abstand am besten

Schulden am Kreditmarkt je Einwohner



Ist-Ergebnisse in Euro pro Einwohner:
Bayern weist die geringste Schuldenbelastung der Bundesländer auf, mit deutlichem Abstand zum Zweitbesten.

Impuls 1

Drei Beispiele sollen zeigen, welche politischen Hebel zur Verfügung stehen, um solches Umsteuern zu erreichen.

Staatsvermögen und Kameralistik: Die versteckte Verschuldung aufdecken

Dass es mit dem staatlichen Vermögensverfall so weit kommen konnte wie zuvor beschrieben, ist der Intransparenz des überholten staatlichen Rechnungswesens zuzuschreiben. Die Kameralistik erfasst ausschließlich Geldströme.

Vermögen wird nicht erfasst, damit auch nicht seine Wertveränderung.

Und da gilt: Was man – in der Buchhaltung – nicht sieht, das interessiert auch keinen.

Hessen macht es vor: Das Bundesland verabschiedet sich von der Kameralistik, bewertet sein gesamtes Vermögen und führt ab Ende diesen Jahres landesweit die doppelte Buchführung ein. Spätestens 2006 weiß Herr Koch, wie es um die Wertentwicklung seines Vermögens steht. In Bayern, das an kameralistischen Haushalten festhält, weiß man es nicht.

BBIV-Forderung

Der Bayerische Bauindustrieverband fordert den Freistaat und die bayerischen Kommunen auf, von der Kameralistik abzugehen. Bayern und seine Kommunen brauchen ein modernes Rechnungswesen, das über Vermögensbewertung und Abschreibungen informiert. Die Umstellung kostet Geld – aber sie ist jeden Euro wert, der hierfür ausgegeben wird.

Der BBIV begleitet diesen Weg konstruktiv. Zusammen mit der Ludwigs-Maximilians-Universität hat er bereits ein Projekt „Modernes Rechnungswesen für den Staat“ initiiert.

Kameralistik verfälscht Bild des öffentlichen Vermögens

Um über Einnahmen, Ausgaben, Erfolg oder Misserfolg rechtzeitig informiert zu sein, haben Unternehmen ein hoch entwickeltes Rechnungswesen. Doch beim Staat ist dies anders. Dessen Rechnungswesen, die Kameralistik, stellt nur auf die Erfassung von Geldströmen ab. Staat und Kommunen kennen weder den Wert ihres Vermögens noch wissen sie darüber Bescheid, wie sich die ihnen anvertrauten Güter im Wert verändern. Sie wissen am Jahresende nicht, ob sie im Jahresverlauf reicher oder ärmer geworden sind.

Ein Beispiel belegt den wesentlichen Unterschied unternehmerischer Rechnungslegung zur Kameralistik:

Im Jahr X hat eine Kommune Einnahmen in Höhe von 10 Mio. Euro und Ausgaben in Höhe von 9 Mio. Euro. Die Darstellung:
Finanzüberschuss **+ 1 Mio. €**

Folgender Zusammenhang bleibt intransparent:

Am Jahresanfang betrug das Vermögen der Kommune (Infrastruktur, Gebäude, Guthaben etc.) 100 Mio. Euro. Der durchschnittliche Abschreibungssatz ist mit 3% anzusetzen (gewichtetes Mittel aus Nutzungsdauer Gebäude 20 Jahre, Straßen 50 Jahre). Damit hat das Vermögen der Gemeinde in nur einem Jahr 3 Mio. Euro an Wert verloren.

Die Rechnung der Kommune sieht tatsächlich also so aus:

Finanzüberschuss:	+ 1 Mio. €
Vermögensänderung:	- 3 Mio. €
Saldo	- 2 Mio. €

Durch die Berücksichtigung der Veränderung des Vermögenswertes hat sich der Überschuss aus der Kameralistik in ein Minus von 2 Mio. Euro verwandelt. Die Kommune ist also im Jahre X deutlich ärmer geworden, nicht „reicher“ wie dies die Kameralistik ausweisen würde.

Impuls 2

Public Private Partnership: Verhältnis zwischen Staat und Privaten neu ordnen

Eines der großen Schlagworte zu Reformen im öffentlichen Bau- und Haushaltswesen ist PPP. Akzeptanz findet PPP als Antwort auf öffentliche Haushaltsnot. Der eigentliche Wert ist ein ganz anderer:

Die Grenze und die Zusammenarbeit zwischen Staat und Privaten werden neu geregelt.

PPP ist eine belastbare Antwort auf die Strukturkrise, in der sich unser Staat verfangen hat. Mit PPP können vielfach bisher staatliche Aufgaben von Privaten effizienter und billiger erledigt werden. Und gleichzeitig wird das Bruttosozialprodukt gemehrt. PPP ist ein wichtiger Teil der Antwort auf den angestauten Reformbedarf in Bayerns Verwaltungen.

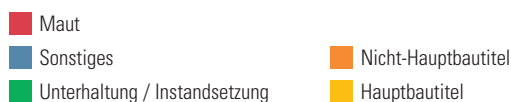
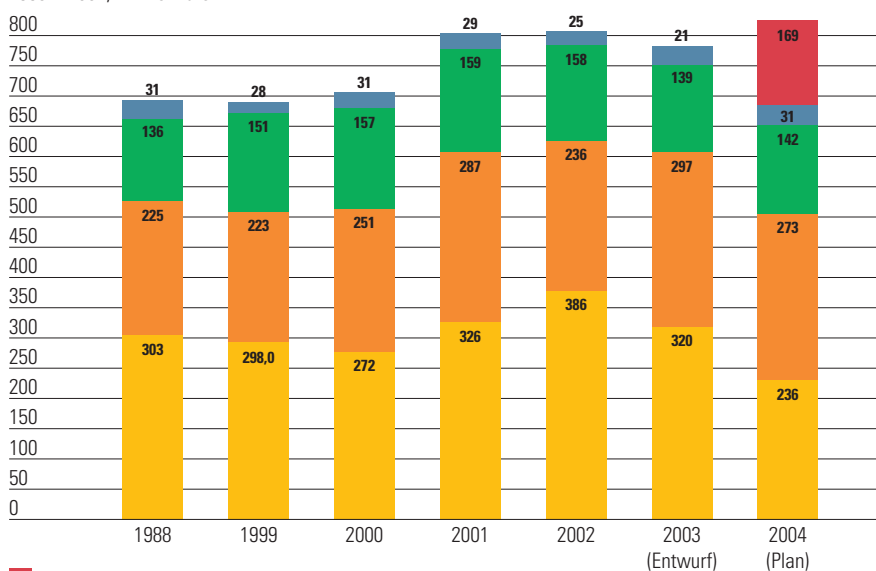
Im Verkehrswegebau hat sich PPP schon recht weit entwickelt. Der Zusammenhang mit der Maut ist beschrieben. De facto bräuchte ein Scheitern der Maut etwa im Bundesfernstraßenbau in Bayern 2004 einen Investitionsausfall von 169 Millionen Euro. Das wichtigste Projekt ist der Ausbau der A8 im Betreibermodell.

Im Staatsstraßenbau stehen zwei PPP-Projekte an:

- die Ortsumgehung Miltenberg mit einem Projektvolumen von 38,7 Mio. Euro und
 - ein Abschnitt der Flughafentangente Ost in München.
- Details stehen noch nicht fest. Diese Modelle werden dem Staatsstraßenbau Luft verschaffen.

Bundesfernstraßenbau in Bayern Ohne Maut deutlicher Einbruch des Investitionsniveaus

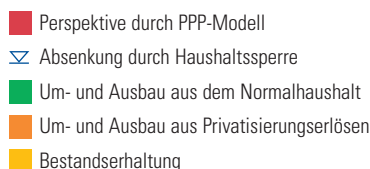
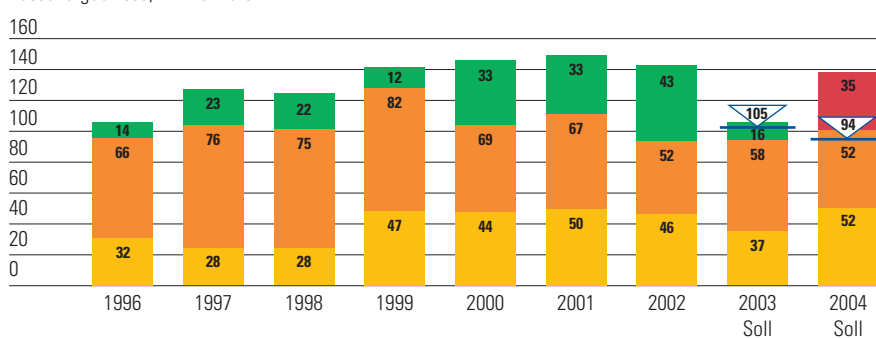
1998 – 2004, in Mio. Euro



Quelle: Oberste Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern

Um- und Ausbau sowie Bestandserhalt von Staatsstraßen in Bayern

Kassenergebnisse, in Mio. Euro



Quelle: Oberste Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern

Auch im öffentlichen Hochbau ist es oft genug wirtschaftlich sinnvoll, Finanzierung, Planung, Bau und Betrieb privat zu organisieren. Der Freistaat befasst sich inzwischen mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt München als PPP-Modell.

Auf kommunaler Ebene gibt es einige wenige Projekte wie das Bad Wonnemar und eine Markthalle in Sonthofen oder die Sportarena Nürnberg.

In anderen Bereichen – wie Schulen oder Krankenhäusern – herrscht in Bayern Funkstille.

Das Schulprojekt „Monheim“ in NRW erreicht einen Wirtschaftlichkeitsvorteil von 15 Prozent.

Und NRW hat bereits ein Kompetenzzentrum für PPP im öffentlichen Hochbau.

Das sollte Ansporn geben, sich auch in Bayern bei Staat und Kommunen aktiver mit PPP im Hochbau auseinanderzusetzen.

Der Bayerische Bauindustrieverband schiebt hier aktiv an. Aktuell wurde eine Umfrage zum PPP-Potential in Bayerns Kommunen gestartet. Die ersten Antworten lassen auf ein erhebliches Interesse genauso schließen wie auf große Informationslücken und Unsicherheiten im Umgang mit dem neuen Instrument. Die Kompetenz, PPP-Projekte erfolgreich umzusetzen, ist noch nicht verbreitet.

BBIV-Forderung

Kompetenzzentrum PPP für Bayern

■ Bayern braucht ein eigenes Kompetenzzentrum „PPP im öffentlichen Hochbau“.

■ Das kostet Geld. Aber ohne ein solches Kompetenzzentrum laufen uns andere Bundesländer hier den Rang ab. Andere Länder, vor allem England, sind Deutschland schon heute weit voraus.

Impuls 3

Wasser und Abwasser Eigenverantwortung, Kontrolle, Gebührenfinanzierung

Die Qualität vor allem der Abwasserkanäle entscheidet über die Qualität unseres Grund- und Trinkwassers: Durch jedes Leck fließt Schmutzwasser in das Grundwasser.

Fachleute halten $\frac{1}{6}$ des 500.000 km langen öffentlichen Kanalnetzes in Deutschland für sanierungsbedürftig. Der Bayerische Gemeindetag schätzt den Investitionsbedarf in Bayern bis 2010 auf 11 Milliarden Euro, andere Schätzungen liegen bei 7,5 Mrd. Euro.

Die Investitionen der Kommunen in die Abwasserentsorgung sind von 1994 auf 2002 um 43 Prozent gesunken.

Die staatlichen Investitionszuschüsse für Wasser und Abwasser sanken im gleichen Zeitraum um 44 Prozent. Allein von 2002 auf 2004 sinkt das Niveau nochmals um 46 Prozent.

2003 lag das Niveau deutlich höher. Das war allerdings ein Ausreißer, bedingt durch ein nur kurzfristig wirksames Sofortprogramm.

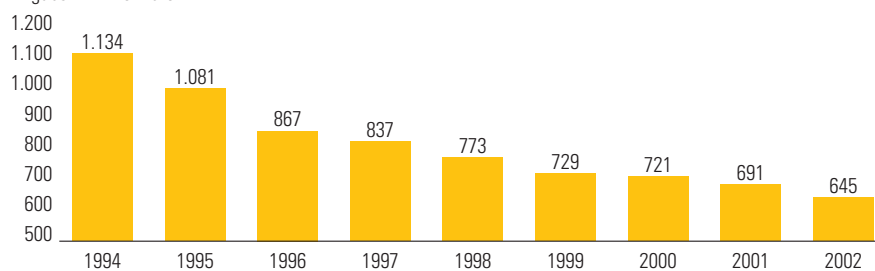
Das für 2004 geplante Zuschussniveau erlaubt lediglich die Abfinanzierung laufender Maßnahmen. Für Neubeginne steht im Staatshaushalt kein Geld zur Verfügung.

BBIV-Grundpositionen

- Die öffentliche Hand braucht mehr Transparenz, d.h. belastbares Zahlenmaterial zum tatsächlichen Sanierungsbedarf der Wasser- und Abwasseranlagen (= Abschied von der Kameralistik).
- Der Schutz der Lebensgrundlagen – des Wassers – darf nicht wegen Engpässen in staatlichen und kommunalen Haushalten in Frage gestellt werden.
- Der Abbau der Staatszuschüsse darf nicht dazu führen, dass sich über Substanzverzehr der Schuldenstock der öffentlichen Hand erhöht.

Kommunale Ausgaben für Abwasserentsorgung in Bayern: Entwicklung der Kassenergebnisse 1994 bis 2002

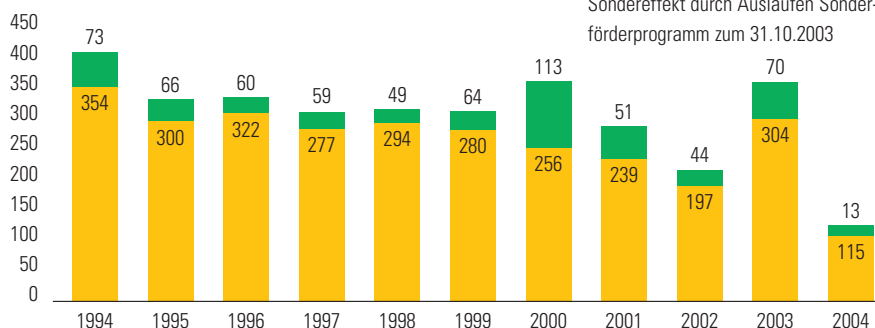
Angaben in Mio. Euro



Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Bayern: Staatszuschüsse 1994 bis 2004

Ist-Werte, 2003 vorläufig, 2004 Plan nach Entwurf Nachtragshaushalt

Angaben in Mio. Euro



Spitze in 2003:
Sondereffekt durch Auslaufen Sonderförderprogramm zum 31.10.2003

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Notwendige Schritte zu Transparenz, Haushaltsunabhängigkeit und Substanzsicherung bei Bayerns Wasser- und Abwasserinfrastruktur

1. Die Eigenüberwachungsverordnung muss flächendeckend vollzogen werden.

Defizite gibt es hier vor allem bei den Abwasseranlagen. Die Aufsichtsbehörden müssen den Vollzug konsequent prüfen.

2. Eigenverantwortung und Rechtsaufsicht brauchen eine belastbare Datengrundlage.

Durch das bayerische Wassergesetz sind die Betreiber öffentlicher Abwasserbehandlungsanlagen verpflichtet, ein Abwasserkataster zu führen. Dieses ist eine wichtige zusätzliche Datenbasis zur Qualität der Kanäle. Diese gesetzliche Verpflichtung ist konsequent durchzusetzen.

3. Die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung müssen vollständig auf die Finanzierung durch die Verbraucher umgestellt werden.

Jeder Bürgermeister, der auf – sinkende – Zuschüsse wartet, handelt an der kommunalen Selbstverantwortung vorbei. Wasser und Abwasser sind kommunale Pflichtaufgabe.

Am Rande: So günstig wie dann, wenn sie jetzt bauen, bauen Kommunen nicht mehr wieder!

Die Umstellung auf Gebührenfinanzierung wird auch vom Bayerischen Obersten Rechnungshof gefordert. Dazu müssen die Kommunen den Bereich Wasser / Abwasser konsequent umstellen auf selbständige Strukturen (Zweckverband, Eigenbetrieb, GmbH) mit eigenem Haushalt und eigener Geschäftsführung.

4. Den Übergang möglich machen

Die vorgeschlagenen Maßnahmen brauchen Zeit. Die vorgesehene schlagartige Kürzung der Zuschussmittel für Wasser- und Abwasser um rund 120 Mio. Euro in einem Jahr gibt diese Zeit nicht. Hier muss beim Nachtragshaushalt 2004 und den Planungen für 2005 noch deutlich nachgebessert werden.

Ziel: ein geordneter Übergang zu neuen Lösungen für die Sicherung der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

Sparen – reformieren – investieren

1. Senkung der Personalquote in den öffentlichen Haushalten

Diese drei Handlungsfelder sind wichtige Beiträge zu einem Erfolg, dessen Bausteine gleichzeitig und gleichrangig behandelt werden müssen:

■ **Sparen** – beim Staatskonsum, durch den Abbau staatlicher und kommunaler Aufgaben;

■ **Reformieren** – bei staatlichen Strukturen und der Aufgabenverteilung zwischen Staat und Privaten;

■ **Investieren** – in das staatliche Anlagevermögen, ob es sich nun um Straßen, Tunnels und Brücken handelt oder um Universitäten, Theater, Verwaltungsgebäude etc.

2. Abschaffung der Kameralistik

Dieser Kurs vermeidet die populäre Verwechslung von Kürzungen mit einer echten Sparpolitik. Er gibt Bayern auch im internationalen Wettbewerb der Standorte neue Wachstums- und Zukunftsperspektiven.

3. Public Private Partnership

4. Gebührenfinanzierung und wirtschaftlich selbständige Strukturen bei öffentlichen Dienstleistungen wie Wasser und Abwasser

Zahlen zur Lage der Bauwirtschaft in Bayern

Bauleistung

Bauproduktion ¹⁾ Geleistete Arbeitsstunden (in 1000)	Dez. 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Dez. 2003 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	10.787	+ 3,6 %	- 7,1 %
Wohnungsbau	4.687	+ 6,4 %	- 4,8 %
Wirtschaftsbau	3.214	+ 5,4 %	- 7,7 %
Öffentlicher Bau insg.	2.886	- 2,6 %	- 10,3 %
davon Öff. Hochbau	671	- 12,7 %	- 12,3 %
Straßenbau	1.011	+ 2,0 %	- 9,8 %
Sonst. Tiefbau	1.204	+ 0,2 %	- 9,3 %

Produktionsindex ¹⁾ (arbeitstäglich) 1995 = 100	Dez. 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Dez. 2003 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	79,1	+ 1,2 %	- 4,1 %
Hochbau	75,7	+ 0,1 %	- 4,5 %
Tiefbau	87,0	+ 2,8 %	- 3,2 %

Umsatz ¹⁾ ohne MwSt. in Mio. €	Dez. 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Dez. 2003 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	1.680,4	+ 3,3 %	- 3,4 %
Wohnungsbau	702,7	+ 8,6 %	+ 0,3 %
Wirtschaftsbau	560,3	+ 10,2 %	- 6,8 %
Öffentlicher Bau insg.	417,4	- 11,3 %	- 3,9 %
davon Öff. Hochbau	106,6	- 13,6 %	- 3,6 %
Straßenbau	140,7	- 11,8 %	- 5,8 %
Sonst. Tiefbau	170,3	- 9,5 %	- 2,5 %

Lohnkosten

Bauhauptgewerbe ¹⁾ in €	Dez. 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Dez. 2003 gegenüber Vorjahr
Lohnsumme je gel. Arbeitsstunde	22,15	- 4,6 %	- 0,1 %
Gehaltssumme je Angestellten	3.021	- 1,6 %	- 0,2 %
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	2.305	+ 4,6 %	+ 1,6 %

- 1) Nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
- 2) Preisbereinigt mit den in dieser Gliederung nur für das Bundesgebiet vorliegenden Preisangaben; insoweit vorläufige Werte
- 3) Offene Stellen und Arbeitslose Bauhauptgewerbe
Kurzarbeiter Baugewerbe

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
ifo-Institut für Wirtschaftsforschung
Landesarbeitsamt Bayern

Baunachfrage

Auftragseingang ¹⁾ Inland in Mio. €	Dez. 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Dez. 2003 gegenüber Vorjahr
nominal			
Bauhauptgewerbe	616,1	- 16,4 %	- 13,9 %
Wohnungsbau	213,0	- 12,1 %	- 7,3 %
Wirtschaftsbau	207,0	- 16,0 %	- 19,7 %
Öffentlicher Bau insg.	196,1	- 21,0 %	- 12,3 %
davon Öff. Hochbau	51,1	- 23,4 %	- 21,0 %
Straßenbau	65,4	- 10,7 %	- 2,7 %
Sonst. Tiefbau	79,5	- 26,4 %	- 14,9 %
preisbereinigt²⁾ (real)			
Bauhauptgewerbe	•	- 15,6 %	- 13,5 %
Wohnungsbau	•	- 11,5 %	- 6,7 %
Wirtschaftsbau	•	- 15,2 %	- 19,3 %
Öffentlicher Bau insg.	•	- 20,3 %	- 11,8 %
davon Öff. Hochbau	•	- 22,5 %	- 20,6 %
Straßenbau	•	- 9,9 %	- 2,0 %
Sonst. Tiefbau	•	- 25,7 %	- 14,4 %

Baugenehmigungen für Hochbauten in 1000 m ³ Rauminhalt	Dez. 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Dez. 2003 gegenüber Vorjahr
Wohngebäude	3.207	+ 1,7 %	+ 20,5 %
Wirtschaftsgebäude	2.079	- 17,0 %	- 8,6 %
Öffentliche Gebäude	217	- 57,6 %	- 27,7 %

Auftragsbestände Bauindustrie			
Reichweite in Monaten	Jan. 2004	Dez. 2003	Jan. 2003
Bauindustrie	2,3	2,2	2,3
Wohnungsbau	2,6	2,7	1,7
Wirtschaftsbau	2,1	2,3	2,5
Öffentlicher Bau insg.	2,3	2,0	2,0
davon Öff. Hochbau	2,6	2,1	1,7
Straßenbau	1,6	1,4	1,3
Sonst. Tiefbau	2,7	2,4	3,1

Arbeitsmarkt

Beschäftigte Bauhauptgewerbe ¹⁾ Monatsdurchschnitt	Dez. 2003	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Dez. 2003 gegenüber Vorjahr
Tätige Inh., Mitinhaber	11.422	- 3,9 %	- 5,9 %
Kaufm. u. techn. Angestellte	28.003	- 3,4 %	- 5,2 %
Facharbeiter	72.413	- 6,6 %	- 8,8 %
Fachwerker	21.483	- 11,1 %	- 10,1 %
Gewerbl. Auszubildende	7.021	- 7,3 %	- 10,9 %
Insgesamt	140.342	- 6,5 %	- 8,2 %

Arbeitsmarkt ³⁾ Monatsende	Offene Stellen	Arbeitslose	Kurz- arbeiter
Januar 2004	558	46.910	2.082
Januar 2003	851	46.595	2.357
Januar 2002	1.687	45.112	2.215
Januar 2001	2.031	42.313	2.215

Informationsdienst
des Bayerischen
Bauindustrieverbandes e.V.
Jan./Feb. 04 · 49. Jahrgang

1/2

i.d.



**Bayerische
Bauindustrie**

80331 München

Oberanger 32
Telefon 0 89/23 50 03-0
Telefax 0 89/23 50 03-70
Postanschrift:
Postfach 33 02 40
80062 München
info@bauindustrie-bayern.de

90403 Nürnberg

Katharinengasse 24
Telefon 09 11/99 20 70
Telefax 09 11/9 92 07 30
info.nuernberg@bauindustrie-bayern.de

93047 Regensburg

Hemauerstraße 6/IV
Telefon 09 41/5 48 90
Telefax 09 41/5 31 96
info.regensburg@bauindustrie-bayern.de

86150 Augsburg

Gratzmüllerstraße 3/II
Telefon 08 21/3 62 60
Telefax 08 21/15 09 52
info.augsburg@bauindustrie-bayern.de

www.bauindustrie-bayern.de